



## Nitratbelastung: Wasserwirtschaft fordert konsequente Regelungen in Dünge-Verordnung

Nitratbelastung: Wasserwirtschaft fordert konsequente Regelungen in Dünge-Verordnung  
BDEW zur wasserfachlichen Aussprachetagung 2014 in Karlsruhe: Verlegung von Breitbandkabeln: Gesundheitsschutz der Bevölkerung muss Priorität haben  
"Wir sehen mit großer Sorge, dass aktuell die Nitratbelastungen des Grundwassers aufgrund der Dünge-Praxis der Landwirtschaft in vielen Einzugsgebieten von Trinkwassergewinnungsanlagen steigen. Die Düngeverordnung als das zentrale Instrument zur Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie wird ihrer wesentlichen Zielsetzung damit nicht gerecht", sagte Jörg Simon, BDEW-Vizepräsident Wasser/Abwasser auf der wasserfachlichen Aussprachetagung 2014 in Karlsruhe. "Wir brauchen eine Novelle dieser Verordnung, die ihren Namen tatsächlich verdient. Wir haben deshalb gemeinsam mit den weiteren wasserwirtschaftlichen Verbänden auf wesentliche Aspekte einer neuen Verordnung hingewiesen: Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Einhaltung des 50 mg pro Liter Grenzwertes im Grundwasser. Wird er nicht erreicht, darf es keine Karenz geben: Es kann dann nur noch ein Düngestopf folgen. Erforderlich ist es, an der Verschmutzungsquelle anzusetzen, statt aus den Wasserwerken Reparaturbetriebe zum Ausgleich von Verunreinigungen durch Dritte zu machen."  
Kritisch sieht die Wasserwirtschaft die Vorschläge, die eine Verlegung von Breitbandkabeln auch in Abwasserkanälen vorsehen. Simon: "Abwassernetze sind für die Verlegung von Kabeln grundsätzlich nicht geeignet. Die Verlegung von Kabeln in Abwasserleitungen kann erhebliche technisch-chemische Probleme nach sich ziehen. Chemische Reaktionsprozesse an den Kabeln wären unvermeidbar: Durch die Abwasserinhaltsstoffe können Korrosionen oder andere Defekte an den Kabeln auftreten, die letztlich den störungslosen Breitband-Betrieb verhindern können. Völlig ungeklärt ist die Frage, wie eine Kanalsanierung ohne Beeinträchtigung der Breitbandkabel durchgeführt werden könnte. Das ständig anfallende Abwasser muss jederzeit auch im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung sicher entsorgt werden können. Der BDEW fordert daher, Abwassernetze von geplanten Zwangsregelungen zum Breitbandausbau auszunehmen."  
Mit Blick auf den Gewässerschutz forderte Simon eine Stärkung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips. Um den Eintrag von Arzneimittelrückständen in die Gewässer so weit wie möglich zu vermeiden, müsse ein bundesweit einheitliches Sammel- bzw. Rücknahmesystem für Altmedikamente etabliert werden. Dabei müsse unter Beachtung des Vorsorgegrundsatzes die Rücknahme von Altmedikamenten so leicht wie möglich gemacht werden.  
Zudem sei eine Verankerung der fachgerechten Entsorgung im Arzneimittelgesetz mit Produktverantwortung der Hersteller und damit Umsetzung europäischen Rechts notwendig. Durch fehlende Regelungen zur fachgerechten Entsorgung und daraus folgende Einträge in die Umwelt können auch die Gewässerressourcen für die Trinkwassergewinnung betroffen sein. Dies sollte vermieden werden. "Es bestanden bereits Ansätze für ein bundeseinheitliches Sammeln von Altmedikamenten. Diese Ansätze sollten reanimiert und ausgebaut werden, so dass eine echte bundeseinheitliche Regelung möglich ist. Dadurch kann der Gefahr einer Gewässerverunreinigung durch Medikamente vorgebeugt werden", so der BDEW-Vizepräsident Wasser/Abwasser abschließend.  
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. Reinhardtstr. 32 10117 Berlin Deutschland  
Telefon: +49 30 / 300 199-0  
Telefax: +49 30 / 300 199-3900  
Mail: [presse@bdew.de](mailto:presse@bdew.de)  
URL: <http://www.strom.de>

### Pressekontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

[strom.de](http://strom.de)  
[presse@bdew.de](mailto:presse@bdew.de)

### Firmenkontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

[strom.de](http://strom.de)  
[presse@bdew.de](mailto:presse@bdew.de)

Die Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen und vom Ausgleich der Interessen. Das Werben um Mehrheiten ist ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Ordnung. Dabei sind die Überzeugungen und Interessen des Einzelnen nur dann politisch wirksam, wenn sie gebündelt vorgetragen werden und die Zustimmung vieler finden. Die deutsche Energie- und Wasserwirtschaft stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, um eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energie- und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung zu gewährleisten. Der BDEW vertritt die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber Politik, Fachwelt, Medien und Öffentlichkeit und orientiert sich dabei an einer nachhaltigen Energieversorgung sowie an einer Wasser- und Abwasserwirtschaft, die den Aspekten Umwelt- und Klimaschutz, Qualität und Sicherheit sowie Wirtschaftlichkeit gleiches Gewicht beimisst. Der BDEW mit seinen Landesorganisationen berät und unterstützt seine Mitgliedsunternehmen - die rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung sowie rund ein Drittel der Abwasserentsorgung in Deutschland repräsentieren - in allen branchenrelevanten politischen, rechtlichen, wirtschaftlich-technischen und kommunikativen Fragen. Die sachliche Arbeit, getragen vom fachlichen Know-how sowohl der ehrenamtlichen Gremienmitglieder als auch der Mitarbeiter des BDEW, ist dabei die eigentliche Stärke des Verbandes. Der BDEW wurde im Herbst 2007 gegründet. Der BDEW ist zentraler Ansprechpartner für alle Fragen rund um Erdgas, Strom und Fernwärme sowie Wasser und Abwasser. Die Energiewirtschaft hat damit ihre Kräfte gebündelt und entwickelt energieträgerübergreifende Konzepte. Die Wasserwirtschaft mit ihrem eigenen ordnungspolitischen Rahmen nutzt die erheblichen Synergien, die ein großer Verband bietet. Das Leitmotiv des BDEW "Energie. Wasser. Leben." zeigt sowohl den Wirkungskreis als auch den Anspruch des Verbandes, dessen Mitgliedsunternehmen mit ihrer Leistung die Lebensqualität der Menschen sichern - heute und in Zukunft.